

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Besitzgebiß bei täglich gewechselter Ausgabe frei. Seit moralisch 1880. 8.20. durch Goldring 1880. 8.20. einheitlich 31 Kpl. Verleger ist eine Veröffentlichungsgesellschaft bei Leibnizstrasse 100. Preis: 10 Kpl.

Druck u. Verlag: Lipsch & Reichardt, Dresden. I. Marienstraße 38/52. Fernauf 25251. Postischafffkontor 1068 Dresden. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Umschlagspostkarte. Bezeichnung Nr. 4: Willmeyerstraße (22 mm breit) 11,5 Kpl. Nachporto nach Städten 8, Tonnenzettel 10, S. Stellenzettel Willmeyerstraße 6 Kpl. Cpl.-Schild 10 Kpl. — Nachporto mit Gutscheinabgabe Dresden Nachrichten. Unterlängige Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Gerechtigkeit für Deutschland gefordert

Die Stimme eines Engländer - Verträge, die man ändern muß - Wege zum Ausgleich

Berlin, 28. Februar.

Auf der Vollziehung der Akademie für Deutsches Recht, die am Freitagmittag im Berliner Rathaus stattfand und an der die Reichsminister v. Neurath, Göring, Rist und Frank sowie Vertreter auswärtiger Mächte teilnahmen, hielt einer der maßgeblichsten Juristen Englands, Prof. Tonnbee, Völkerrechtsschreiter an der Universität London, Gründer und Leiter des Königlichen Instituts für zwischenstaatliche Angelegenheiten, einen Vortrag, in dem er die friedliche Revision der internationalen Verträge und Gerechtigkeit für Deutschland forderte.

Der Reichsjuristensprecher, Reichsminister Dr. Frank, hielt vorher eine Begrüßungsansprache, in der er kurz noch einmal Sinn, Aufgabe und Wirkung der Akademie für Deutsches Recht darlegte.

Professor Tonnbee

hat in seinen Ausführungen einleitend die große Bedeutung der von ihm behandelnden Frage für die Zukunft Deutschlands und Englands und der ganzen Welt hervor. Die Frage lautete: Sollen die internationalen Beziehungen zwischen den Völkern verschiedener Staaten in Zukunft vom Recht oder von Macht und Gewalt bestimmt werden, wie dies in der Vergangenheit fast ausschließlich der Fall gewesen ist?

Professor Tonnbee stellte die zwei Seiten des Rechts einander gegenüber, die abwehrende Seite, die eine unter Verleugnung des bestehenden Rechtszustandes vor sich gehende gewaltfame Änderung des Status quo verbürgt oder jedenfalls zum Stillstand bringt, und die aufbauende Seite, die eine friedliche Änderung des bestehenden Zustandes durch ein verhandlungsmäßiges begründetes rechtliches Verfahren vorschreibt. Die abwehrende Seite des Rechts nehme bei der Anwendung auf internationale Beziehungen die Form der „kollektiven Sicherheit“, die aufbauende Seite die Form der „friedlichen Änderung“ an. Dicjenigen, die begütigt und mit ihrer gegenwärtigen Stellung zufrieden seien, hämmere mehr die abwehrende Seite des Rechts, d. h. die „kollektive Sicherheit“, dicjenigen, die nicht begütigt und unzufrieden seien, mehr die konstruktive Seite des Rechts, d. h. die „friedliche Änderung“.

In der Völkergemeinschaft der Gegenwart sei Großbritannien der Vertreter der ersten Art, Deutschland der der zweiten.

Daraus folge die gemeinsame Aufgabe, sicherzustellen, daß auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen ebenso wie innerhalb der Grenzen beider Länder auf beiden Seiten des Rechts gleiches Gewicht gelegt werde. Dies bedeute, daß ein jeder der beiden genannten Länder Zugeständnisse machen, vielleicht sogar Opfer bringen müsse.

Zugeständnisse müssen ausreichend sein

Diese Zugeständnisse freilich müßten verschiedener Art sein. Großbritannien und die anderen zufriedengestellten Länder, wie Frankreich, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kanada, Australien, müßten bestrebt sein, den von Deutschland und den anderen nicht zufriedengestellten Ländern, z. B. von Italien, Japan, Ungarn, Bulgarien, vorgenommenen Forderungen nach „friedlicher Änderung“ gerecht zu werden.

Wenn das Recht nicht eine ordnungsgemäße friedliche Art der Änderung vorsehe, dann werde das Recht früher oder später durch Änderungen gewaltfamen, revolutionären Charakters betroffen werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Professor Tonnbee zur Erörterung der Fragen, welche Änderungen des bestehenden Zustandes die nicht zufriedengestellten Nationen forderten, und der Fragen, welche Zugeständnisse zu machen die zufriedengestellten Nationen bereit sind, über. Professor Tonnbee erklärte, daß, wenn es gelänge, alle sozialen Forderungen zu erfüllen, die Deutschland erhebe, ohne daß nebenbei den sozialen oder geistigen Forderungen Deutschlands entgegenwürde, alle Anstrengungen fast nutzlos wären.

Die drei unzufriedenen Großmächte seien Deutschland, Italien und Japan.

Gelänge es, die Forderungen dieser drei Großmächte auf friedlichem Wege zu erfüllen, wäre es nicht so schwer, auch den Forderungen der kleineren, nicht zufriedengestellten Ländern Ungarn und Bulgarien auf dem gleichen Wege Genüge zu tun. Könnte eine friedliche Änderung nicht erzielt werden, so sei die dann entstehende Gefahr die Gefahr eines Krieges unter Großmächten, der die Zivilisation zerstören würde. Unter die drei Hauptpunkte seien die materiellen Forderungen der drei genannten Großmächte:

1. Die Forderung politischer Freiheit gewisser Gebiete;
2. die Forderung einer Abhängigkeitslage für den Bevölkerungsüberschub;
3. die Forderung des Anteiles an fremden Rohstoffen und Rohstoffquellen und an fremden Märkten.

Die Deutschen jenseits der Grenzen

Während es in der Gegenwart innerhalb der Grenzen des Reiches kaum nichtdeutsche Bevölkerungsgruppen gebe, lebten außerhalb des Reiches zahlreiche Bevölkerungsgruppen, die nicht nur der Sprache, sondern auch der politischen Orientierung nach deutlich seien. Wenn Deutschland die Forderung nach der Freiheit dieser Gebiete erhebe, so sei damit keineswegs gesagt, daß Deutschland jedes Gebiet, das von einer deutsch sprechenden Bevölkerung bewohnt wird, beanspruche. So habe zum Beispiel Adolf Hitler ausdrücklich erklärt, daß Deutsch-

sich auf ihr Wohlergehen einer anderen Herrschaft überlassen, als ob sie nicht menschliche Wesen, sondern Waren, bewegliche Sachen wären. Professor Tonnbee gab der Überzeugung Ausdruck, daß es möglich sei, den deutschen und den englischen Ehrenstandpunkt miteinander in Einklang zu bringen.

Die abgetrennten Gebiete

Bei der Frage der abgetrennten Gebiete berührte der Redner zunächst geschichtliche Vorgänge, wie den Austausch Großbritanniens gegen Sansibar und die Abtreitung der Ionischen Inseln durch Großbritannien an Griechenland. Zur Lösung dieser Frage, die der englische Gelehrte als erste Aufgabe der europäischen Staatsmänner bezeichnete, schlug Professor Tonnbee eine Untersuchung vor, ob ohne Ränderung bestehender internationaler Grenzen eine Lösung in der Richtung einer echten und wirksamen Autonomie gefunden werden könnte.

Zum Schlus seiner Ausführungen ging Professor Tonnbee noch einmal auf das Problem der deutschen Kolonien ein. Er erklärte, daß das Royal Institute of International Affairs in London

eine nichtamtliche internationale Konferenz über diese Fragen im Sommer 1937

abhalten werde, nachdem diese bis dahin eingehend, und zwar nicht nur von allen Beteiligten im eigenen Land, sondern auch in gemeinsamer Beratung aller untersucht worden wären. Mit einer deutschen Beteiligung an dieser wissenschaftlichen Arbeit, die ihr die Staatsmänner Europas von besitzäthmlichem Wert sein können, werde gerechnet.

Erklärung Reichsministers Dr. Frank

Die Ausführungen von Prof. Tonnbee, der in so offener und ehrlicher Weise das große Problem der friedlichen Änderung behandelt, wurden von der Versammlung mit stärkstem Beifall aufgenommen. Reichsminister Dr. Frank gab dem Dank mit herzlichen Worten Ausdruck und sagte: Ich möchte zu der Anerkennung, die der Präsident der Akademie für Deutsches Recht ausdrückt, als Minister des Deutschen Reichs noch folgendes erklären: Wenn Staatsmänner und Staatsrepräsentanten mit solcher Offenheit und mit solcher schonungsloser Klarheit über internationale Probleme reden würden, wie wir das soeben erlebt haben, so würde manche internationale Entwicklung mit überraschender Schnelligkeit bestellt werden.

Der Begriff „terra irredenta“ ist kein Wesensbestandteil der deutschen Politik.

Unsere großen politischen Richtlinien gehen dahin, den Frieden auf dem Wege des Rechtes zu sichern. In dieser Methode, Herr Professor, verstehen sich die englischen und die deutschen Rechtsgelehrten bestimmt. Wir werden uns gern, Ihrer Einladung folgend, an der Vorlesung Ihrer ausländischen Studien durch Abhandlung deutscher Gelehrter beteiligen, und ich würde mich freuen, wenn auf Ihrer nächsten Tagung ein wesentlicher Erfolg erzielt werden könnte.

Das Pfund verschwindet, es gibt nur noch Kilo

Neuordnung ab 1. April

Berlin, 28. Februar.

Mit dem 1. April 1936 wird eine Bestimmung des im Dezember 1935 ergangenen neuen Maß- und Gewichtsgeleges wirksam, die vor allem die deutschen Handelsrauen und den Einzelhandel angeht: Das Pfund verschwindet als Gewichtsbezeichnung aus dem Wirtschaftsleben. Es gibt dann nur noch Kilogramm und Gramm.

Diese reichsgeschichtliche Regelung dient der Vereinheitlichung auf einem wichtigen Gebiet, die nicht nur die Gewichtsstandards, sondern auch die Gewichtswahrheit fördert, denn das Pfund bedeutet durchaus keine einheitliche Mengenbezeichnung; enthält doch z. B. das englische Pfund, das dem Tiefenhandel bisher zugrunde liegt, nur 450 Gramm, und es gab oder gibt auch noch manche Valutung, die die Haushalte als „Halbpfundpackung“ empfinden und die dennoch nur 200 Gramm enthalten.

Bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts hat in Deutschland sogar fast jede Stadt ihr eigenes Pfund gehabt. Das vom Hollverein angenommene Hollpfund zu 500 Gramm wurde erst 1880 in Deutschland allgemein gültig, mit Ausnahme von Bayern, das noch bis 1871 ein Pfund zu 500 Gramm hatte und erst von da ab das Hollpfund übernahm. Die damaligen Unterteilungen in Tot, Querdenken usw. sind allerdings schon seit langer Zeit aus dem allgemeinen Gebrauch verschwunden.

Aus dem Sprachgebrauch wird sich das „Pfund“ allerdings kaum so einfach von heute auf morgen verdrängen lassen. Es wird noch einige Zeit dauern, ehe sich die Bezeichnungen 5 Kilogramm für ein Pfund, ½ Kilogramm für das halbe Pfund und die weitere Unterteilung des Kilograms davon, die Bezeichnung des Gewichtes in Gramm allgemein durchsetzt.

Für eine Übergangszeit hat außerdem auch der Reichswirtschaftsminister ausdrücklich erlaubt,

dab die vorhandenen Bestände von Gütern und anderen

Verpackungen mit Gewichtsbezeichnung nach Pfund aufgebracht werden dürfen.

Allerdings dürfen Neuanfertigungen solcher Verpackungsmittel nur noch nach dem Kilogramm beschriftet werden. Für Süddeutschland wird die Umstellung insfern schneller erfolgen, als man dort bereits seit langem nach Gramm rechnet. Übrigens wird vom gleichen Termin ab, ebenfalls zur Vereinheitlichung und Vereinfachung, als einziges offizielles Längenmaß das Meter mit seinen Unterteilungen gelten.

Der Führer auf der Automobilausstellung

Berlin, 28. Februar.

Viermal, 1933, 1934, 1935 und 1936, hat der Führer die Automobilausstellung eröffnet, und Jahr für Jahr hat er seine besondere Liebe zum Kraftfahrzeug durch einen mehrmaligen Besuch der Berliner Autosalon befunden. Auch am Donnerstag gegen 20 Uhr besichtigte der Führer noch einmal, begleitet von seinen Adjutanten Hauptmann Wedemann, Brigadeführer Schirr, sowie dem Leiter der Nachgruppe Kraftfahrzeuge und deren Motoren, Direktor Berlin und Überingenieur Schirr vom Reichsverband der Automobilindustrie e. V., alle zur Schau gestellten Kraftfahrzeuge, um sich in Muße von allen Einzelheiten des technischen Fortschritts auf dem Gebiete des deutschen Kraftfahrzeugbaus zu überzeugen.

Sein Urteil: „Heute ist die deutsche Automobilindustrie wieder auf der Höhe“ ist die beste Anerkennung für die hier geleistete Arbeit und wird zugleich ein Ansporn zur Lösung dringlicher Aufgaben sein.

Lange verweilte der Führer auch bei seinen in der Ehrenhalle aufgestellten Kraftwagen, mit denen er in den schwersten Jahren seines Kampfes um die Erneuerung Deutschlands durch alle deutschen Hände gefahren ist. Die Festlegung war erst gegen 1 Uhr nachts beendet.